

STATEMENT ZUM TAG DER APOTHEKE

**Friedemann Schmidt
Präsident der ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände**

Berlin, 4. Juni 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Tag der Apotheke weist seit mehr als 20 Jahren auf das vielfältige Leistungsspektrum und die spezifische Bedeutung der öffentlichen Apotheken für die Arzneimittelversorgung, das Gesundheitswesen und die gesamte Gesellschaft hin. Im Jahr 1998 hat die ABDA diesen bundesweiten Aktionstag zum ersten Mal ausgerufen, um den Landesapothekerkammern, den Landesapothekerverbänden, aber vor allem natürlich allen Apotheken die Chance zu geben, sich außerhalb des „Tagesgeschäfts“ ihren Kunden, Patienten und der Gesellschaft zu präsentieren. Oft haben wir dabei ein Verbraucherthema in den Fokus gerückt, auf das wir besonders aufmerksam machen wollten. Doch dieses Jahr ist alles anders. Seit Februar hat das Corona-Virus unser aller Leben massiv beeinträchtigt. Deutschland ist dabei noch relativ glimpflich davongekommen, wenn man die Bilder und Zahlen aus Süd- oder Westeuropa gesehen hat. Auch wenn viele Menschen sich angesteckt haben, so ist doch die Zahl der Todesfälle niedriger und die Zahl der Intensivbetten ausreichend. Ein eklatanter Mangel an Schutzmasken und sonstiger Schutzausrüstung blieb jedoch auch uns nicht erspart.

Dabei ist die Corona-Krise keineswegs nur eine medizinische Herausforderung, sondern auch eine politische, gesellschaftliche und ethische. In der Politik haben wir eine rasante Abfolge von Gesetzgebungsverfahren gesehen, wie sie wohl einmalig in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik sein dürfte. Es gab Kompetenzverlagerungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Auch der Widerspruch zwischen Freiheit und Eigenverantwortung auf der einen Seite sowie „Lockdown“ und Risikogruppenschutz auf der anderen Seite haben uns beschäftigt. Und selbst von der Frage, ob man wirklich Gesundheit und Leben von Menschen gegen Einbußen bei der Wirtschaftsleistung aufrechnen kann und darf, sind wir nicht verschont geblieben. Fertige Antworten auf all diese Fragen haben wir nicht, aber als Frei- und Heilberufler spielt jeder einzelne Apotheker eine wichtige Rolle in diesem Diskurs – mit seiner Meinung, aber noch viel mehr mit seinem Handeln.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Apothekenwesen in Deutschland hat bei der Bewältigung der Corona-Krise eine wichtige Rolle gespielt - und wird es auch weiterhin tun. Wir Apotheker haben uns von Anfang an in das politische Krisenmanagement eingebracht und auch Gehör gefunden. Nur ein Beispiel: Als klar war, dass industriell hergestellte Desinfektionsmittel knapp würden, haben wir Apotheker uns angeboten einzuspringen. So wurde Anfang März eine Ausnahme in der Biozidverordnung in Kraft gesetzt, die es Apotheken ermöglicht, auch ohne umständliche Extragenehmigung Desinfektionsmittel auf Alkoholbasis herzustellen.

Eine der ersten Aktionen in Apotheken war jedoch der Eigenschutz von Patienten und Beschäftigten. Apotheken haben Plexiglasscheiben an ihrem Handverkaufstisch angebracht, den Zugang zur Offizin reguliert, Desinfektionsmittelpender am Eingang aufgestellt und Warnschilder mit Verhaltenstipps im Schaufenster angebracht. Patienten sollten nicht von anderen Patienten angesteckt werden – und auch die Beschäftigten sollten ohne Sorge vor Ansteckung arbeiten können. Dazu wurden unter anderem Schichtsysteme eingeführt, damit auch bei einem Infektionsfall immer noch Kollegen arbeitsfähig waren. Eine Umfrage des Norddeutschen Rundfunks unter den Landesapothekerkammern hat das Ergebnis dieser Vorsichtsmaßnahmen eindrücklich belegt: Nur 30 von 19.000 Apotheken mussten vorübergehend aufgrund von Corona-bedingten Personalproblemen schließen. Demnach waren dauerhaft mindestens 99,8 Prozent aller Apotheken im Einsatz, um täglich Millionen Patienten zu versorgen.

Zu dieser Versorgung gehört auch die aufsuchende Betreuung. Deren Bedeutung hat in der Pandemie stark zugenommen. In einer bundesweiten Umfrage unter mehr als 250 Apothekeninhabern hat das Meinungsforschungsinstitut MARPINION im April für uns gefragt, wie viele Botendienste die Apotheke vor und während der Corona-Hochphase erbracht haben. Pro

Woche waren es im Januar etwa 100 Botendienste pro Apotheke, im März aber circa 150. Rechnet man das auf alle Apotheken hoch, so kommt man auf täglich 300.000 Botendienste vor und 450.000 Botendienste in der Pandemie. So wurden und werden jeden Tag hunderttausendfach vor allem Risikopatienten durch Kontaktvermeidung im öffentlichen Raum geschützt und versorgt. Da die Apotheken die Zusatzkosten auf Dauer nicht alleine stemmen können, wird der Botendienst seit Ende April mit je 5 Euro von den Krankenkassen bezuschusst.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der wichtigste Grund für die Resilienz und Flexibilität der Arzneimittelversorgung in der Krise ist die dezentrale und kapillare Struktur des Apothekenwesens. Sie gilt es deshalb mehr denn je zu erhalten. Dazu brauchen wir unter anderem die einheitlichen Abgabepreise für verschreibungspflichtige Arzneimittel. Zur Erinnerung: Im Oktober 2016 hatte der Europäische Gerichtshof in Luxemburg verkündet, dass sich ausländische Versandapotheken nicht mehr an die bundeseinheitliche Preisbindung für rezeptpflichtige Medikamente halten müssen. Die Folgen dieses Urteils zu heilen, ist der Politik bis heute in mehreren Anläufen nicht gelungen. Der schon seit fast einem Jahr vorliegende Kabinettsentwurf eines Vor-Ort-Apothekenstärkungsgesetzes – kurz: VOASG – muss nun endlich in den Bundestag eingebracht werden. Das Warten der Bundesregierung auf eine informelle Bewertung der Europäischen Kommission muss ein Ende haben.

Ein anderes wichtiges Gesetz ist dagegen schon im Bundestag – das Patientendatenschutzgesetz (PDSG). Hier wird es darauf ankommen, dass die Patienten bei der Einführung des elektronischen Rezepts im Jahr 2022 die freie Apothekenwahl behalten und das Makeln mit Rezepten nicht nur gesetzlich verboten, sondern auch technisch abgesichert wird. Das ist möglich durch ein intelligentes Schnittstellendesign in der E-Rezept-App, die die gematik zur Verfügung stellen soll. Das E-Rezept muss werbefrei und wettbewerbsneutral in eine Apotheke der Wahl transportiert werden, und erst nach der Abgabe des Arzneimittels sollen Daten in Drittanwendungen abfließen können.

Und noch etwas würde ich mir wünschen: Wo es die Versorgung vereinfacht, sollten zur Bewältigung der Pandemie vorübergehend eingeführte Maßnahmen verlängert und perpetuiert werden. Das gilt für die Bezuschussung des Botendienstes, denn in einer alternden Gesellschaft ist die aufsuchende Betreuung eine zukunftsweisende Versorgungsform. Und das gilt auch für die Spielräume, die man den Apotheken zur Bewältigung von Lieferengpässen bei der Abgabe von Medikamenten eingeräumt hat.

Das VOASG, das PDSG und die „lessons learned“ aus der Pandemie sind, wenn sie richtig umgesetzt werden, wichtige Pfeiler zur Stärkung der ordnungspolitischen Strukturen des Apothekenwesens. Die Apotheker als Freiberufler brauchen die Unterstützung von Staat und Gesellschaft und einen verlässlichen Rahmen, um die richtigen Entscheidungen vor Ort treffen und die richtigen Versorgungsleistungen für ihre Patienten erbringen zu können. Wie vielfältig das Leistungsspektrum der Apotheken in Deutschland ist, haben wir in unserem Statistischen Jahrbuch "Die Apotheke: Zahlen, Daten, Fakten 2020" zusammengefasst, das wir ganz bewusst rechtzeitig zum Tag der Apotheke am 7. Juni veröffentlichen.

Vielen Dank.